

# Gemeinsam solidarisch: Gegen Rassismus und für eine vielfältige Gesellschaft



1. ordentlicher Diversitätsrat 2023  
13./14. Mai 2023, Bochum

Gremium: Präsidium  
Beschlussdatum: 28.04.2023  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 "Gemeinsam solidarisch: Gegen Rassismus und für eine vielfältige Gesellschaft"

## Antragstext

1 In einem Jahr wird in der Europäischen Union gewählt. Wie wird die Zukunft Europas  
2 ausgestaltet werden? Wird die wehrhafte und vielfältige Demokratie verteidigt und die Rechte  
3 von diskriminierten Gruppen gestärkt? Oder werden rechte Kräfte immer mehr an Macht  
4 gewinnen  
5 und unser aller Leben in Freiheit gefährden?

6 Die massiven Zugewinne der Rechtsaußen Partei in Finnland, der Wahlsieg der Rechten in  
7 Italien und Schweden, die diskriminierende Politik von Viktor Orban in Ungarn und der PiS-  
8 Partei in Polen zeigen, wie sehr die europäische Demokratie unter Druck steht. Wir sehen,  
9 wie Frauen, queere Menschen, Schwarze Menschen und People of Colour, Sinti\*  
10 zze und Rom\*nja,  
11 jüdische und muslimische Menschen erneut zum Feindbild und zur Bedrohung erklärt und ihrer  
12 Rechte beraubt werden.

13 Als Europäer\*innen müssen wir uns alle unserer Verantwortung für ein soziales, gerechtes und  
14 diskriminierungsfreies Europa bewusst sein. Wer mit dem Bedienen von rechten und  
15 rassistischen Narrativen zu punkten versucht, stärkt autoritäre Kräfte und schwächt die  
16 Demokratie in Deutschland und in Europa. Wer als Antwort auf gesellschaftliche Probleme und  
17 Krisen die Abschottung nach außen vorschlägt, bedroht das europäische Projekt.

18 Auch in Deutschland erleben wir eine immer weitere Verschiebung des Sagbaren,  
19 pauschalisierende und diskriminierende Aussagen über Menschen und vermeintliche Gruppen,  
20 die  
21 die Ausgrenzung und Gewalt gegen sie befeuern. Wir wissen, was es bedeutet, wenn Menschen  
22 zu  
23 "Anderen" gemacht werden und stellen uns einer solchen Rhetorik entschieden entgegen. Denn  
24 klar ist: Wenn wir unsere Demokratie nicht verteidigen, ist das Leben aller in Freiheit und  
25 Sicherheit gefährdet.

### **Unsere Gesellschaft ist vielfältig**

26 In Deutschland leben viele Menschen mit diversen Perspektiven, Geschichten, Erfahrungen und  
27 Identitäten zusammen. 22,3 Millionen in Deutschland lebende Menschen und inzwischen fast  
28 jedes zweite Kind unter zehn Jahren hat einen sogenannten Migrationshintergrund. Sie alle  
29 sind Teil unserer Einwanderungsgesellschaft und es ist unsere Aufgabe als Gesellschaft,  
30 allen Menschen ein diskriminierungsfreies Leben und Teilhabe zu ermöglichen.- Denn erst dann  
31 ist das Versprechen der Demokratie vollkommen.

29 Rassismus trifft nicht alle, aber er geht uns alle an. Noch immer ist Rassismus brutale  
30 Wirklichkeit in unserem Land. Die Anschläge in Hanau und Halle, München, Solingen, Mölln,  
31 Rostock-Lichtenhagen, die Taten des NSU, der Mord an Walter Lübcke – wir wissen, dass aus  
32 diskriminierenden Worten Taten werden. Wenn Menschen ausgeschlossen und angefeindet  
werden,

33 dann ist es unser aller Aufgabe, an ihrer Seite zu stehen und unmissverständlich deutlich zu  
34 machen, dass der Kampf gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit,  
35 Rassismus gegen Sinti\*zze und Rom\*nja, Anti-Schwarzen Rassismus, Behinderten- und  
36 Queerfeindlichkeit niemals verhandelbar sein wird.

37 Aber Rassismus beginnt nicht erst bei Gewalt und Terror. Er beginnt dort, wo Menschen  
38 Zugänge verweigert werden und sie zu „Anderen“ gemacht werden. Laut einer repräsentativen  
39 Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung haben 22 % der  
40 Gesamtbevölkerung bereits Rassismus erfahren. Die Erfahrungen reichen von gewalttätigen  
41 Angriffen bis zu Diskriminierung im Alltag – wie zum Beispiel in der Schule, in der  
42 Arztpraxis oder bei der Wohnungssuche. In einer vielfältigen Gesellschaft müssen wir  
43 sicherstellen, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu Teilhabe und Mitbestimmung haben.

#### 44 **Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Wohlstand sichern**

45 Erst, wenn alle Menschen Zugang zu diskriminierungsfreier Bildung, Arbeit,  
46 Gesundheitsversorgung, Pflege, Kultur, Wohnen, Mobilität und politischer Teilhabe haben,  
47 können alle Menschen selbstbestimmt ihr Leben in unserer Gesellschaft gestalten - erst dann  
48 leben wir in einer gleichberechtigten Gesellschaft. Deshalb ist die Frage der sozialen  
49 Gerechtigkeit eines der zentralen Themen unserer Zeit.

50 Die vermeintlich einfachen Lösungen, die von rechten und konservativen Akteur\*innen  
51 präsentiert werden, manifestieren die sozialen Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft.  
52 Anstatt diskriminierende und rassistische Strukturen abzubauen, um Chancengerechtigkeit und  
53 Teilhabe zu ermöglichen, wird die Ausgrenzung von diskriminierten Menschen legitimiert und  
54 verfestigt. Dem stellen wir uns mit einer konsequenten Politik entgegen, die die  
55 Lebensrealitäten aller Menschen ins Zentrum unseres Handelns stellt und die Diversität der  
56 Gesellschaft widerspiegelt.

57 Die Politik rechter und autoritärer Akteur\*innen gefährdet aber nicht nur den Zusammenhalt  
58 unserer Gesellschaft, sondern erstickt auch ihr Potenzial für die Zukunft. Eine Politik, die  
59 auf Chancengerechtigkeit, Vielfaltsförderung und Antidiskriminierung setzt, schafft eine  
60 resiliente, menschenrechtskonforme und wirtschaftlich stabile Gesellschaft.

61 Denn nicht nur Deutschland ist auf die Einwanderung von Fachkräften angewiesen. Um unseren  
62 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wohlstand auch in den kommenden Jahren zu sichern,  
63 müssen wir deshalb unser Einwanderungsrecht grundlegend modernisieren. So zeigt zum  
Beispiel

64 eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, dass ein hoher Bürokratieaufwand, eine restriktive  
65 Einbürgerungspraxis, aber auch der Umgang mit Diversität qualifizierte Fachkräfte vom Zuzug  
66 nach Deutschland abhält.

67 Anstatt auf Abschottung und Ausgrenzung zu setzen, werden wir Migrant\*innen das Ankommen  
68 erleichtern, indem wir Einwanderung familienfreundlich und transparent gestalten,  
69 bürokratische Hürden abbauen sowie eine Ankommens- und Willkommenskultur nachhaltig  
fördern.

70 Als Regierungspartei sind wir dafür schon viele wichtige Schritte gegangen. So trägt die  
71 Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes und die Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft  
72 den Realitäten der Einwanderungsgesellschaft Rechnung. Wer hier dauerhaft lebt, wird nach  
73 fünf Jahren und bei besonderen Integrationsleistungen bereits nach drei Jahren auch  
74 mitbestimmen, wählen und das gesellschaftliche Zusammenleben gleichberechtigt mitgestalten  
75 können. Nicht zuletzt stärken wir damit auch unsere Demokratie. Und wir tragen endlich der  
76 Lebensleistung der ersten Generation, die im Rahmen der Anwerbeabkommen nach Ost- und  
77 Westdeutschland gekommen sind, Rechnung, in dem wir ihre Einbürgerung erleichtern. Denn sie  
78 haben unser gemeinsames Land mit aufgebaut und wurden dennoch seitens der Politik über  
79 Jahrzehnte vernachlässigt.

### 80 **Starkes Recht gegen Diskriminierung**

81 Als GRÜNE ist für uns schon lange klar, dass wir die vielfältige Gesellschaft gestalten  
82 wollen. Um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken, ist es unerlässlich, den  
83 Schutz vor Diskriminierung und die Förderung von Vielfalt zu stärken. Es ist wichtig, dass  
84 sich Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, auch mit rechtlichen Mitteln effektiv  
85 wehren können. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) soll vor Diskriminierung  
86 schützen. Leider gibt es aber rechtliche Lücken, durch die Betroffene sich nicht ausreichend  
87 gegen Diskriminierung wehren können. Das wollen wir endlich ändern! Die Ampel-Regierung hat  
88 sich vorgenommen, das AGG zu überarbeiten, Schutzlücken zu schließen und den  
89 Anwendungsbereich auszuweiten.

90 Dazu sind wir bereits einen ersten wichtigen Schritt gegangen: Nach Jahren ohne Leitung,  
91 wird die Antidiskriminierungsstelle des Bundes endlich aufgewertet und ihre Leitung nun von  
92 Ferda Ataman übernommen. Außerdem hat die Bundesregierung mit Reem Alabali-Radovan  
93 erstmals eine Beauftragte für Anti-Rassismus benannt, ebenso mit Dr. Mehmet Daimagüler erstmals  
94 einen Beauftragten gegen Antiziganismus berufen. Weiterhin gilt es die zentralen Empfehlungen der  
95 Unabhängigen Kommission Antiziganismus umzusetzen und endlich einen Staatsvertrag mit den  
96 Vertreter\*innen der Minderheit der Sinti\*innen und Rom\*innen auf Bundesebene zu schließen.

97 Und wir wollen endlich, dass die Teilhabe aller hier lebenden Menschen mit einem  
98 Bundespartizipationsgesetz gesichert und aktiv gefördert wird. Wichtige politische  
99 Entscheidungen sollen nicht über die Menschen, sondern mit und von ihnen getroffen werden.  
100 Deshalb wollen wir eine Partizipationsrat einführen, der dabei maßgeblich berät.

### 101 **Strukturen diskriminierungssensibel gestalten**

102 Wir wollen, dass sich alle gesellschaftlichen Bereiche für die unterschiedlichen Erfahrungen  
103 und Perspektiven öffnen. Denn um diese Gesellschaft nachhaltig zu gestalten, müssen alle  
104 Menschen die Möglichkeit haben, sich in allen gesellschaftlichen Bereichen engagieren zu  
105 können. Doch wir sehen, dass Menschen mit Rassismuserfahrungen in der Politik noch deutlich  
106 unterrepräsentiert sind. Das gilt auch für unsere Partei.

107 Rassismus manifestiert sich nicht nur im Handeln autoritärer und rechter Politiker\*innen.  
108 Rassistische Denkweisen und Strukturen finden sich überall in unserer Gesellschaft - in  
109 staatlichen Institutionen, Gesetzen und Politik. Wir setzen daher auf antirassistische  
110 Instrumente zum Abbau von systemischer Diskriminierung und Rassismus.

111 Durch unser Vielfaltsstatut haben wir ein starkes Instrument, um Rassismus in unserer Partei  
112 zu bekämpfen und marginalisierte Gruppen zu stärken. Indem wir die Vielfalt der Stimmen im  
113 Meinungsbildungsprozess und bei der Entscheidungsfindung erweitern, können wir  
114 sicherstellen, dass unsere Politik die Bedürfnisse und Erfahrungen aller Mitglieder der  
115 Partei und Gesellschaft, einschließlich derer, die von Rassismus betroffen sind,  
116 widerspiegelt.

117 Hierbei spielen insbesondere Selbstvertretungen und Empowerment-Netzwerke wie BuntGrün  
eine  
118 besondere Rolle. Sie gestalten geschützte Räume für Menschen mit Rassismuserfahrungen, und  
119 empowern sie, um politische Verantwortung bei uns zu übernehmen. Sie schaffen wertvolle  
120 Netzwerke und weisen nicht zuletzt immer wieder auf diskriminierende Strukturen hin und  
121 bringen ihre Perspektive in den Meinungsbildungsprozess, die programmatische Ausrichtung  
und  
122 Entscheidungsfindung ein.

123 Als Diversitätsrat wollen wir gemeinsam Wege aufzeigen, wie die diskriminierungssensible und  
124 rassismuskritische Gestaltung unserer Partei gelingen kann. Dazu ist ein Bündel an Maßnahmen

125 notwendig:

126 1. Wir wollen das Wissen über Diskriminierung und Rassismus auf allen Ebenen der  
Partei  
127 verankern. Diesen Auftrag gibt uns nicht zuletzt das Vielfaltsstatut. Ein Baustein  
128 dafür ist die Ausbildung unserer Parteimitglieder zu Diversitytrainer\*innen, die als  
129 Multiplikator\*innen das Wissen über Diskriminierung und Maßnahmen zur effektiven

130 Umsetzung des Vielfaltsstatuts vor Ort weitergeben können. Dieses Programm  
wollen wir  
131 verstetigen.

132  
133 Zusätzlich soll der Bundesverband insbesondere für Bundes-, Landes- und  
134 Kreisvorstände, Landesgeschäftsführer\*innen und BAG-Sprecher\*innen ein Angebot  
für  
135 unterschiedliche Weiterbildungen, wie Trainings in Inclusive Leadership und  
136 rassismuskritischer Arbeit vor Ort, sowie zur Auseinandersetzung mit Privilegien und

137 Allyship machen.

138  
139 Auch die vielfaltspolitischen Sprecher\*innen des Bundes und der Länder sollen  
140 regelmäßig Angebote zur Weiterbildung und Supervision wahrnehmen.

141  
142 Die Angebote werden aus dem Vielfaltscent teilfinanziert.

143 2. Wir wollen die Kreisvorstände und Akteur\*innen vor Ort mit gezielten  
Infomaterialien  
144 bei der Umsetzung des Vielfaltsstatuts unterstützen. Deshalb soll eine Broschüre  
mit  
145 praktischen Tipps zur Umsetzung des Statuts vor Ort erarbeitet werden. Die

- 146 Broschüre  
soll auch Wege aufzeigen, um mit diskriminierenden und rassistischen Vorfällen vor  
147 Ort  
umzugehen und Betroffene besser zu unterstützen, sowie Anregungen und  
148 Empfehlungen zur  
diskriminierungs- und rassismuskritischen Arbeit vor Ort geben.
- 149 3. Wir wollen Empowerment-Netzwerke wie BuntGrün unterstützen. Dafür soll der  
150 Bundesverband für die Mitglieder von Bunt-Grün u.a. Angebote für unterschiedliche  
151 Weiterbildungen, wie spezielle Trainings in Leadership für Menschen mit  
152 Rassismuserfahrungen, sowie Workshops für Empowerment, Ausdrucksstärke und  
Selbstkraft  
153 sowie Rhetorik und Umgang mit rassistischen Drohungen machen.  
154
- 155 Politisch Aktive, die von Diskriminierung betroffen sind, sind besonders häufig  
156 Anfeindungen und Drohungen ausgesetzt. Als Partei dürfen wir sie damit nicht  
alleine  
157 lassen. Deshalb benötigt es Aufklärung über Hilfs- und Beratungsangebote und  
158 unterstützende Parteistrukturen.  
159
- 160 Um die Vernetzung von Personen mit Migrationsgeschichte und  
Rassismuserfahrungen  
161 breiter und in allen Landesverbänden zu ermöglichen, wollen wir in einem ersten  
162 Schritt ein Netzwerktreffen für Menschen mit Rassismuserfahrungen auf der BDK  
2023  
163 anbieten. Dies knüpft an die kontinuierlich geleistete Arbeit von BuntGrün an, die  
164 diese Räume in der Vergangenheit bereits bereitgestellt haben. Wir wollen  
außerdem die  
165 Landesverbände ermutigen, ähnliche Treffen anzubieten und die Gründung von  
ähnlichen  
166 Netzwerken zu unterstützen, zu stärken und die dafür notwendigen Ressourcen zur  
167 Verfügung zu stellen.  
168
- 169 Gemeinsam mit den Landesverbänden und BuntGrün wird der Bundesverband  
darüber beraten,  
170 wie das Netzwerk strukturell und finanziell unterstützt werden kann, so dass auch  
die  
171 Wahl der Delegierten zum Diversitätsrat erfolgen kann. Dafür wird ein Auftakttreffen  
der Sprecher\*innen von BuntGrün, der vielfaltspolitischen Sprecher\*innen und der  
172 Vielfaltsreferent\*innen organisiert und finanziert.  
173  
174
- 175 Die\*Der vielfaltspolitische Sprecher\*in trifft sich mindestens viermal im Jahr zum  
176 Austausch mit den BuntGrün-Netzwerken, um über aktuelle Herausforderungen und  
die  
177 Weiterentwicklung unserer rassismuskritischen und vielfaltsfördernden Arbeit zu  
178 beraten.
- 179 4. Bisher sieht das Vielfaltsstatut eine Vertretung des BuntGrün-Netzwerkes Berlin im  
180 Diversitätsrat vor. Durch die Neugründung weiterer Netzwerke in anderen  
181 Landesverbänden ist es notwendig, diese auch im Diversitätsrat zu repräsentieren.  
Das  
182 Präsidium des Diversitätsrates wird deshalb zur BDK 2023 eine Satzungsänderung  
183 vorschlagen, die vorsieht, dass das bundesweite Netzwerk von BuntGrün zwei  
Delegierte  
184 in den Diversitätsrat entsendet.
- 185 5. In unserem Vielfaltsstatut geben wir uns die Aufgabe, Diskriminierungsfälle  
innerhalb

- 186 grüner Strukturen aktiv zu bearbeiten und Betroffene vor Diskriminierung und  
Rassismus  
187 zu schützen. Hierfür benötigt es Strukturen, die eine Bearbeitung von  
188 Diskriminierungsfällen auf allen Ebenen der Partei gewährleistet. Mit der  
Ombudsstelle  
189 bei Fällen von sexualisierter Gewalt gibt es bereits eine Struktur, die dies  
190 ermöglicht. Wir erkennen aber auch, dass es bei Diskriminierungsfällen anderer Art  
191 eine Leerstelle gibt, und sich Betroffene häufig alleingelassen fühlen. Deshalb soll  
192 eine Taskforce unter Beteiligung von Betroffenen, Expert\*innen und hauptamtlich  
193 Beschäftigten der Partei bis zum ersten Quartal 2024 Empfehlungen für den Aufbau  
einer  
194 Struktur machen, die die effektive Bearbeitung von Diskriminierungsfällen  
195 gewährleistet.
- 196 6. Auf Grundlage der Ergebnisse der Vielfaltserhebung 2023 wird der Diversitätsrat die  
197 Umsetzung des Vielfaltsstatuts evaluieren und die weiteren Maßnahmen gemäß §2  
Abs. 1  
198 des Vielfaltsstatuts diskutieren.